

■ Europawahl

**Menschenrechte  
verschwinden:  
E-Mail-Aktion zum  
Mitmachen**

**Anfang Juni 2009 werden die 736 Abgeordneten des neuen Europäischen Parlaments gewählt. Für die Zukunft der Flüchtlingspolitik ist dieser Termin von entscheidender Bedeutung.**

Die Wahl der 99 Abgeordneten aus Deutschland ist am 7. Juni. Das neue EU-Parlament hat auf die Gestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik mehr Einfluss. PRO ASYL hat deshalb die Kandidatinnen und Kandidaten in einem Brief dazu aufgefordert, sich klar und deutlich für die Rechte schutzsuchender Menschen einzusetzen.

Um die Aktion auf eine breite Basis zu stellen, findet zeitgleich eine E-Mail-Aktion unter dem Motto „Menschenrechte verschwinden“ statt. Adressaten dieser Aktion sind ebenfalls die Kandidatinnen und Kandidaten zur EU-Wahl. Jeder kann an dieser Aktion teilnehmen und E-Mails an die künftigen Abgeordneten versenden. Weitere Informationen und die Möglichkeit zum Mitmachen gibt es unter [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)



picture alliance/dpa/Manuel Lericia

Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen der EU uneingeschränkt gelten

■ Europa: Flüchtlingspolitik

## Europa ist verantwortlich

**Die PRO ASYL-Kampagne „Stoppt das Sterben“ zeigt europaweit Wirkung. Das Thema ist auf der politischen Tagesordnung. Nach der Europawahl am 7. Juni sind Entscheidungen des neuen Europäischen Parlaments gefragt.**

Angesichts der unzähligen Todesopfer an den EU-Außengrenzen und einer militärisch organisierten massiven Abschottung muss das neue EU-Parlament den Umgang mit schutzsuchenden Menschen auf eine grundlegend neue Basis stellen. Wie katastrophal der gegenwärtige Zustand ist, zeigte zuletzt das Flüchtlingsdrama vor der libyschen Küste Ende März. Hier starben binnen zwei Tagen annähernd 300 Menschen, die versuchten, Italien oder Malta zu erreichen. Europa trägt mit seiner Blockade jeglicher Fluchtwege daran die Mitverantwortung.

Besonders menschenverachtend ist angesichts des Flüchtlingselends die Reaktion Italiens. Dort macht man gemeinsame Sache mit dem Regime Gaddafis und will durch koordinierte Grenzpatrouillen die Fluchtwege nach Italien dauerhaft schließen. Verschärft wird die Lage der Flüchtlinge durch den weiter ausgebauten Einsatz der europäischen Grenzagentur Frontex. Deren Schiffe operieren im Mittelmeer und

Atlantik unter Missachtung der Flüchtlings- und Menschenrechte. Misshandlungen und Zurückweisungen schutzsuchender Menschen auf hoher See sind dokumentiert. 2007 verfügte Frontex über 35 Millionen Euro, für 2009 wurde der Etat auf 90 Millionen Euro erhöht.

PRO ASYL wird die Kampagne „Stoppt das Sterben“ fortsetzen. Es gibt erste Anzeichen, dass die Verantwortlichen reagieren. So forderte der Innenausschuss des Europäischen Parlaments, Schutz- und Menschenrechtsbelange in die Mission der europäischen Grenzagentur Frontex zu integrieren. Das Bewusstsein darüber, dass mit der gegenwärtigen Abschottungspolitik die Rechte schutzsuchender Menschen gravierend verletzt werden, scheint zu wachsen.

**Mehr über die Forderungen von PRO ASYL an das neue Europäische Parlament erfahren Sie unter [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) und in unserer Broschüre zur Europawahl 2009.**

**IMPRESSUM:**

Förderverein PRO ASYL e.V.  
Postfach 160624  
60069 Frankfurt am Main  
Spendenkonto-Nr.: 8047300  
Bank für Sozialwirtschaft Köln  
BLZ 370 205 00  
[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)  
[proasyl@proasyl.de](mailto:proasyl@proasyl.de)  
Veröffentlicht im Mai 2009

**PRO ASYL**  
Förderverein PRO ASYL e.V.

# Bürokratisch und ungenügend

**PRO ASYL geht beim Thema Bleiberecht erneut in die Offensive und fordert weitreichende Nachbesserungen. Über 100.000 Menschen leben nur geduldet in Deutschland, 63.000 davon bereits länger als sechs Jahre.**

Von Seiten der politisch Verantwortlichen wurde die gesetzliche Altfallregelung aus dem Jahr 2007 als abschließende Entscheidung deklariert. Die Bleiberechtskriterien wurden jedoch bereits damals so eng gefasst, dass für die meisten Geduldeten die Hürden zu einem langfristig gesicherten Aufenthaltsstatus kaum zu überwinden waren.

Mit der Bestimmung, dass ein gesichertes Bleiberecht die Lebensunterhaltssicherung voraussetzt, wurden Alte, Kranke und Alleinerziehende so gut wie ausgeschlossen. Gerade diejenigen, die auf Hilfe und Schutz besonders angewiesen sind, hatten also von vornherein kaum eine Chance. Aber auch viele der rund 59.000 Geduldeten, die die harten Bedingungen zunächst erfüllen konnten und eine

Aufenthaltserlaubnis erhielten, sind im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise zum wiederholten Male existenziell gefährdet.

Für die Betroffenen, die gegenwärtig ihren Arbeitsplatz verlieren, droht aufgrund der bürokratischen Bestimmungen ein erneutes Abrutschen in die Duldung. Ein Leben ohne soziale Sicherheit und geprägt von der Angst abgeschoben zu werden, beginnt damit erneut.

PRO ASYL fordert die Politik dazu auf, sich ernsthaft mit dem Schicksal der betroffenen Menschen zu befassen. Das Elend der Ketten-duldungen und der bürokratischen Einschränkungen muss aufhören. An einer neuen und weitreichenden Bleiberechtsregelung geht kein Weg vorbei. ■

■ Flüchtlinge in Deutschland

## 16 Jahre ohne gesicherte Perspektive

**1993 floh Familie K. aus dem damaligen Krisengebiet Kosovo mit vier minderjährigen Kindern nach Deutschland. 16 Jahre später ist ihre Zukunft in Deutschland immer noch ungewiss.**

Bevor er seine Arbeitsstelle verlor, war Herr K. viele Jahre als Lagerarbeiter bei einer Leiharbeitsfirma beschäftigt. Trotz aller Bemühungen hat er in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

als über 50jähriger kaum Aus-sichten, einen neuen Arbeits-platz zu finden. Die Familie muss nun befürchten, dass ihr demnächst das Bleiberecht wieder entzogen wird. ■

Das Leben der Roma-Familie ist geprägt von schweren Schicksalsschlägen. Als Angehörige einer verfolgten Minderheit musste sie aus ihrer Heimat fliehen. Ein Jahr nach der Flucht wurden Frau K. und ihre damals erst wenige Monate alte Tochter Opfer eines schweren Verkehrsunfalls. Seit diesem Zeitpunkt ist Frau K. arbeitsunfähig.

Die Eheleute leben heute zusammen mit zwei Töchtern in Rheinland-Pfalz. Im Zuge der Bleiberechtsregelung erhielten sie lediglich eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe.



### Start der neuen Website

**Aktueller, schneller, übersichtlicher – der neue Internet-Auftritt von PRO ASYL.**

PRO ASYL will den Usern mit der Neuordnung der Homepage den schnellen Überblick und den gezielten Zugang zu gesuchten Informationen erleichtern. Meldungen, Nachrichten und Aktuelles finden sich ab sofort kurz und übersichtlich direkt auf der Startseite. Weiterführende Inhalte stehen Interessierten über thematisch überarbeitete Navigationsbereiche zur Verfügung. Aktualisiert und um neue Themen ergänzt wurden auch die Informationsseiten zur STIFTUNG PRO ASYL. ■



MONDEL